

Arbeitsgemeinschaft im Verwaltungsrecht

Fall(sammlung) 1: „Akten, Akten, Akten ...“

Rechtsanwalt R ist ein (noch) vielbeschäftigter Mann. Aus diesem Grunde übergibt er seinem Stationsreferendar S verschiedene Aktenstücke mit der Bitte um Prüfung, ob jeweils Klage zum Verwaltungsgericht (VG) erhoben werden kann.

Akte 1 („Postenschacher“)

Mandant A hat sich um Aufnahme in das Beamtenverhältnis des Bundeslandes N beworben. Trotz seiner guten Zeugnisse wurde ihm ein Mitbewerber vorgezogen. A möchte nunmehr Klage auf Begründung des Beamtenverhältnisses erheben.

Vertiefungshinweis:

- *Rolf Schmidt*, Die Stellung des Konkurrenten im Verwaltungsprozeß, JuS 1999, 1107 ff.

Akte 2 („Wasserschaden“)

B ist Inhaber eines Betriebes, in dem Limonade hergestellt wird. Das hierzu benötigte Wasser bezieht er von der Stadtwerke GmbH der Stadt S. Als infolge eines technischen Defektes an der Aufbereitungsanlage die Qualität des gelieferten Wassers drastisch absinkt, kann B eine größere Menge der hiermit produzierten Limonade nicht absetzen. Er verlangt deshalb von der Stadtwerke GmbH Schadensersatz.

Vertiefungshinweise:

- *BVerwG*, JZ 1990, 446 f. = *NVwZ* 1990, 754 = *NJW* 1990, 2901 - *Stiftung „Familie in Not“*;
- *BVerwG*, *NJW* 2002, 2894 ff. – *Schadensersatz aus cic bei öffentlich-rechtlichem Vertrag*;
- *T. von Danwitz*, Die Benutzung kommunaler öffentlicher Einrichtungen. Rechtsformenwahl und gerichtliche Kontrolle, JuS 1995, 1 ff.

Akte 3 („Schwarzbau“)

C hat im Außenbereich der Gemeinde G ohne die erforderliche Baugenehmigung ein Wochenendhaus errichtet. Als die zuständige Bauaufsichtsbehörde hiervon Kenntnis erlangt, erlässt sie umgehend eine an C gerichtete Abrissverfügung. C hält dieses Vorgehen für unverhältnismäßig und möchte gerichtlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen.

Akte 4 („Krisenzeiten“)

Um die krisengeschüttelte Werftindustrie finanziell zu unterstützen, erlässt der Bund ein „Fördergesetz Werften“, auf dessen Grundlage die zuständige „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (öffentlich-rechtliche Anstalt) unter bestimmten Bedingungen zinsgünstige Darlehen vergeben kann. Der Antrag der D-Werft auf Darlehensgewährung wird von der Kreditanstalt abgelehnt. Die D-Werft möchte Klage erheben.

Vertiefungshinweise:

- *BVerwG*, *DÖV* 1990, 977 f. – *Zugang eines Rollstuhlfahrers zu einer Veranstaltungshalle*;
- *bayVGH*, *BayVBl.* 2002, 565 – *Stadthallen-Restaurant*;
- *VG Hannover*, *NdsVBl.* 2002, 272 – *Kostenbeteiligung an Klassenfahrt*;

- OLG Naumburg, NVwZ 2001, 354 – *Subventionsvertrag*;
- J. Ipsen/T. Koch, Öffentliches und privates Recht. Abgrenzungsprobleme bei der Benutzung öffentlicher Einrichtungen, JuS 1992, 809 ff.

Akte 5 („Religions-Krieg“)

E ist Mitglied einer jüdischen Gemeinde. Er möchte gerichtlichen Rechtsschutz gegen die Wahl eines Mitglieds der Revisions- und Wahlkommission in Anspruch nehmen, weil diese Wahl seiner Auffassung nach mit den Regelungen der Gemeindegatzung unvereinbar ist.

Vertiefungshinweis:

- BVerwG, NVwZ 1993, 672 – *Wahlanfechtung innerhalb einer Religionsgemeinschaft*.

Akte 6 („Schweinerei“)

Im Gemeinderat der Gemeinde G wird in öffentlicher Sitzung ein Antrag des Landwirts F auf Erteilung einer Baugenehmigung zur Errichtung eines Schweinestalls erörtert. Im Verlauf der Debatte gibt der mit F verfeindete Bürgermeister B zu bedenken, „dass F viel zu dumm ist, um mit einer Baugenehmigung etwas anfangen zu können“. F fühlt sich in seiner Ehre gekränkt und verlangt den Widerruf dieser Äußerung.

Vertiefungshinweise:

- *bwVGH*, DÖV 2002, 348 = VBIBW 2002, 251 – *Äußerungen einer Gemeinderatsfraktion im nichtamtlichen Teil d. ABl.*;
- zur Abgrenzung: *VG Sigmaringen*, VBIBW 2001, 457 – *(Beleidigender) Marktplatzbrunnen* (Beschl. über Zulässigkeit des Rechtswegs: NJW 2000, 91 f.);
- *VG Berlin*, NJW 2002, 1063 ff. = VR 2002, 249 L = JK 9/02, GG Art. 40/2 (*Ehlers*) – *Hausverbot durch BT-Präs. (Ulrich Meyer/Akte 2000 – „Koks-Spuren“ auf BT-Toiletten)*;
- *BGH*, NJW 2001, 3537 ff. = VwZ 2001, 1449 L = DÖV 2002, 86 f. = DVBl. 2001, 1839 ff. = 336 L m.Anm. R. *Tillmanns*, ebd., 336 ff. – *Äußerungen eines kirchlichen Sektenbeauftragten*;
- *D. Lorenz*, Kirchenglocken zwischen öffentlichem und privatem Recht – BVerwG, B. v. 28.01.1994 - 7 B 198/93 = NJW 1994, 956, JuS 1995, 492 ff.

Akte 7 („Verbrecherkartei“)

Aus Protest gegen die geplante Errichtung einer Erdgaspipeline im Nationalpark Wattenmeer veranstalteten mehrere Umweltverbände in der Landeshauptstadt H eine Demonstration, in deren Verlauf mehrere Umweltaktivisten - u.a. auch der G - in das Umweltministerium eindrangen. Der Minister rief sofort die Polizei, stellte Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und bat um ein Einschreiten. Als die Polizei eintraf, waren die meisten Demonstranten bereits verschwunden. Der Pförtner deutete auf den noch vor dem Gebäude stehenden G und sagte: „Der Mann dort mit dem Bart war der Anführer.“ Daraufhin nahm die Polizei den G mit auf das Präsidium und fertigte zu Beweis Zwecken Lichtbilder an, weil sie befürchtete, er könnte sein Aussehen ändern und hierdurch die Beweisaufnahme im Strafverfahren erschweren. G möchte die von ihm angenommene Unzulässigkeit des polizeilichen Vorgehens gerichtlich festgestellt wissen.

Vertiefungshinweise:

- BVerwG, NJW 1990, 2765 ff. – *Auskunftserteilung über polizeilich gesammelte Daten*;
- *BGH*, DVBl. 1998, 1016 = JK 99, VwGO § 40/3 (*Ericksen*) – *Sperrklärung nach § 96 StPO*;
- *nrwOVG*, DÖV 2002, 130 – *Einsicht in Ermittlungsakten durch die Presse*.

Akte 8 („Beamtenopfer“)

Die H, eine gewerkschaftliche Spitzenorganisation i.S.d. § 94 BBG, ist der Ansicht, dass in dem Regierungsentwurf des Pflegeversicherungs- und Lohnfortzahlungsgesetzes ein Artikel enthalten ist, durch den das BBesG in der Weise geändert wird, dass der Besoldungsanspruch des Beamten für sog. Karenztage ruht. Sie möchte der Bundesregierung im Wege der einstweiligen Anordnung untersagen lassen, den Gesetzentwurf ohne ihre vorherige Beteiligung im Bundestag einzubringen.

(Fall nach *nrvOVG*, NJW 1994, 472 f.)

Vertiefungshinweise:

- *BVerwG*, NJW 1989, 1495 ff. = DVBl. 1989, 562 = DÖV 1989, 449 = E 80, 355 ff. = JK 89, VwGO §§ 40, 43/1 (*Erichsen*) – *Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag*;
- *nrvOVG*, DVBl. 1987, 100 ff. – „*Neue Heimat*“-Untersuchungsausschuss;
- *Kunig*, Examinatorium: Unzulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten, Jura 1990, 386 ff.

Akte 9 („Die Würde des Anwalts“)

Rechtsanwalt I ist empört. Um seine Mandanten in der JVA St. „besuchen“ zu können, muss er einen Metalldetektor passieren. Er – „als Organ der Rechtspflege“ (§ 1 BRAO) – hält dies u.a. für eine Verletzung seiner Menschenwürde.

(Fall nach *OLG Nürnberg*, NJW 2002, 694)

Vertiefungshinweis:

- *BGH*, NJW 1998, 546 ff. = JK 99, VwGO § 40/2 (*Ehlers*) – „*Diplom-Wirtschaftsjurist/in (FH)*“.

Akte 10 („Russischer Knast“)

Der russische Staatsangehörige J wendet sich gegen die Entscheidung des Bundesministeriums der Justiz über die Bewilligung seiner Auslieferung zur Strafverfolgung in der Russischen Föderation. U.a. macht er die schlechten Haftbedingungen in russischen Gefängnissen geltend.

(Fall nach *blnOVG*, NVwZ 2002, 114 ff.)

Allgemeine (neuere und empfehlenswerte) Literatur zum (Verwaltungs-) Rechtsweg:

- *L. Renck*, Der Rechtsweg im gerichtlichen Verfahrensrecht – Allgemeine Grundsätze, JuS 1999, 361 ff. („Der Rechtsweg als Zulässigkeitsvoraussetzung“, 364 ff.: Rechtsweg = „Gerichtsweg“);
- *M. Thiel/S. Garcia-Scholz*, Die Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, JA 2001, 957 ff.

Internet: - <http://www.jura.uos.de/institut/eur/Publik-PS.html>

- <http://www.jura.uos.de/institut/eur/Lehre-PS.htm>

- http://www.jura.uos.de/institut/eur/Fall_1_Akten_Rweg_T.pdf